

Luzern, 22. September 2026

STELLUNGNAHME ZU POSTULAT

P 575

Nummer: P 575
Eröffnet: 20.10.2025 / Bildungs- und Kulturdepartement i.V. mit Gesundheits- und Sozialdepartement
Antrag Regierungsrat: Teilweise Erheblicherklärung
Protokoll-Nr.: 1146

Postulat Pfäffli Andrea und Mit. über die Stärkung der digitalen Resilienz von Kindern und Jugendlichen

Medien, digitale Anwendungen und Onlineangebote gehören heute selbstverständlich zum Alltag. Unser Rat teilt die Einschätzung, dass die digitale Resilienz als Schlüsselkompetenz für die soziale und berufliche Teilhabe gilt. Kinder und Jugendliche sind wegen ihrer intensiven Nutzung digitaler Medien und einer oft noch unzureichenden Medienkompetenz aber besonders verletzlich gegenüber Online-Risiken, weshalb die Förderung ihrer digitalen Resilienz besonders angezeigt ist. Digitale Resilienz setzt nicht nur entsprechende Kompetenzen bei Kindern und Jugendlichen voraus, sondern auch bei Erziehungsberechtigten sowie Lehr- und Fachpersonen, die junge Menschen in ihrer digitalen Lebenswelt begleiten, Orientierung vermitteln und als Bezugspersonen unterstützen. So finden sich auf der Website [Jugend und Medien](#) (der nationalen Plattform zur Förderung von Medienkompetenz) auf die jeweiligen Entwicklungsphasen von Kindern und Jugendlichen abgestimmte Informationen und Empfehlungen für Eltern und Fachpersonen im schulischen und ausserschulischen Kontext.

Die Volksschulen verfügen über verbindliche Grundlagen zur Förderung digitaler Kompetenzen. Der Lehrplan 21 verankert Medienbildung systematisch. Themen der digitalen Resilienz werden insbesondere im Modul Medien und Informatik und in den überfachlichen Kompetenzen abgedeckt. Exemplarisch seien folgende Kompetenzen genannt: MI.1.1 «Die Lernenden können Chancen und Risiken der Mediennutzung benennen und Konsequenzen für das eigene Verhalten ziehen (z. B. Vernetzung, Kommunikation, Cybermobbing, Schuldenfalle, Suchtpotential)» und MI.1.4 «Die Lernenden können mittels Medien kommunizieren und dabei die Sicherheits- und Verhaltensregeln befolgen» sowie die soziale Kompetenz «Die Lernenden können einen herabwürdigenden Sprachgebrauch erkennen und nehmen einen solchen nicht passiv hin.» Die Lehrpersonen verwenden für die Vermittlung dieser Kompetenzen Lehrmittel, die gut auf den Lehrplan abgestimmt sind.

Auf Bundesebene stellt die bereits erwähnte Plattform «Jugend und Medien Schweiz» ausserdem ein neues digitales Lehrmittel sowie Merkblätter zu Cybermobbing, Datenschutz und Umgang mit digitalen Geräten zur Verfügung. Diese Materialien werden im Kanton Luzern bereits genutzt.

Im Rahmen des Schulentwicklungsvorhabens «Schulen für alle» werden im Baustein «*Lernen in der Digitalität*» die Anforderungen an Lehrpersonen konkretisiert. Mit der (im Rahmen des Massnahmenpakets zur Attraktivierung des Lehrberufes, welches auf Vorstössen Ihres Rates basiert) erst kürzlich eingeführten Fachverantwortung Digitalität stehen den Schulen zusätzliche Ressourcen zur Verfügung, um Prozesse zur Stärkung der digitalen Resilienz im Schulteam anzustossen. Die zugehörige [Umsetzungshilfe](#)

der Dienststelle Volksschulbildung unterstützt die Schulen bei der Integration digitaler Themen in Unterricht und Schulentwicklung.

Das Zentrum Medienbildung (ZEMBI) der PH Luzern bietet ein breites Portfolio an Weiterbildungen, Beratungen und Unterrichtsmodulen zur Förderung digitaler Resilienz an den Volksschulen. Viele im Postulat angesprochene Themen – Cybermobbing, Datenschutz, Desinformation, Social Media – sind Bestandteil des bestehenden Angebots. Dazu gehört auch das Unterrichtsangebot «Verstecken oder aufdecken? Cybermobbing verstehen!», welches von Lehrpersonen für ihre Klasse gebucht werden kann. Mit dem neuen Angebot *flo#* wird die Unterstützung der Schulen weiter ausgebaut. Es setzt auch gezielt auf den Einbezug der Eltern und stärkt dadurch die präventive Wirkung sowie den Dialog zwischen Eltern und Schule und trägt zur Sensibilisierung des Elternhauses bei. Einzelne Schulen nutzen diese Angebote bereits regelmässig; eine stärkere Bekanntmachung könnte die Reichweite der Angebote noch erhöhen. Die Bedeutung von Angeboten für Erziehungsberechtigte zum Thema Mediennutzung steigt, sie benötigen Informationen und Handlungsstrategien, z. B. für die Einhaltung von Regeln zur Mediennutzung. Die neue Koordinationsstelle für Elternbildung wird solche Themen in das Kursangebot aufnehmen.

Weiter bieten die offene Jugendarbeit und externe Fachstellen (z. B. Pro Juventute, zischtig.ch) Workshops, Beratungen und Informationsmaterialien zu Medienkompetenz, Cybermobbing und digitalem Verhalten an. Die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendarbeit und externen Fachstellen erfolgte bisher punktuell und themenbezogen. In Umsetzung ist aber eine kantonale, Koordinationsstelle für Elternbildung (basierend auf dem Postulat [P 227](#) Jung Gerda und Mit. über die Lückenschliessung durch Beratung, Begleitung und Entwicklung der überforderten und ratlosen Eltern, welches von Ihrem Rat erheblich erklärt wurde).

Themen der digitalen Resilienz sind fester Bestandteil der Aus- und Weiterbildung von Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern und Fachpersonen in der Jugendarbeit. Dazu gehören insbesondere Kenntnisse zu Risiken digitaler Mediennutzung (z. B. Cybermobbing, Datenschutz, Suchtverhalten), Präventionsansätze sowie Interventionsstrategien im Umgang mit problematischen Situationen. Zudem wird die Fähigkeit gefördert, Kinder, Jugendliche und Eltern adressatengerecht zu beraten und in ihrer Medienkompetenz zu unterstützen.

Zur Wirksamkeit der bestehenden Angebote und Programme liegen der Volksschule keine systematischen Auswertungen vor. Die Rückmeldungen der Schulen zeigen jedoch, dass die Angebote vom ZEMBI und die Lehrmittel im Unterricht breit einsetzbar und praxisnah sind.

In der Berufsbildung wird der verantwortungsvolle Umgang mit digitalen Technologien im allgemeinbildenden Unterricht (ABU) thematisiert. Dazu gehören neben der Förderung von Medien-, Informations- und ICT-Kompetenzen auch der reflektierte Umgang mit Risiken der digitalen Welt, beispielsweise Cybermobbing, Desinformation, Datensicherheit, problematische Mediennutzung sowie die Auswirkungen sozialer Medien auf das Lern- und Sozialverhalten. Mit dem neuen nationalen Rahmenlehrplan Allgemeinbildung und dem darauf abgestützten regionalen Schullehrplan der Zentralschweiz wurden diese Kompetenzen ab dem Schuljahr 2026/27 verbindlich verankert.

Dem Thema digitale Resilienz wird auch im Rahmen der Weiterentwicklung der Gymnasialen Maturität (WEGM) Rechnung getragen. Der nationale Rahmenlehrplan wurde bereits verabschiedet. Der daraus abgeleitete kantonale Rahmenlehrplan befindet sich derzeit in Erarbeitung. Ein Lernziel besteht darin, dass Maturandinnen und Maturanden digitale Werkzeuge nicht nur effektiv einsetzen, sondern diese auch kritisch bewerten können (Umgang mit Digitalität).

Darüber hinaus werden im Bereich der Digitalität überfachliche Kompetenzen gefördert. Dazu gehören insbesondere die kritische Auseinandersetzung mit Daten, Informationen und Medieninhalten, die Beurteilung der Herkunft, Verlässlichkeit und Korrektheit von Informationen sowie die Reflexion ethischer Fragestellungen im Zusammenhang mit der Erhebung und Bearbeitung von Daten.

Zudem lernen Maturandinnen und Maturanden den Umgang mit verschiedenen Cyberbedrohungen (z.B. Malware und Social Engineering) und können geeignete Abwehrstrategien sowie Vorsichtsmassnahmen erläutern.

Damit werden wesentliche Elemente der digitalen Resilienz (z. B. der reflektierte Umgang mit digitalen Technologien, die Stärkung der Medien- und Informationskompetenz sowie der sichere Umgang mit digitalen Risiken) systematisch im gymnasialen Unterricht verankert.

Zudem wurden zur Förderung der digitalen Resilienz Online-Elternanlässe in Kooperation mit Akzent Luzern organisiert. Darin behandelt wurden unter anderem Themen wie: Mediennutzung im Jugendalter, Gesundheit und Wohlbefinden sowie Online-Sucht.

Aus Sicht unseres Rates ist in erster Linie eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendarbeit, Elternbildung und externen Fachstellen angezeigt, insbesondere bei Cybermobbing, Datenschutz und Desinformation. Die Mittel für die dafür vorgesehene kantonale Koordinationsstelle Elternbildung sind bereits im AFP 2027 – 2030 eingestellt. In diesem Rahmen soll auch geprüft werden, wie die vorhandenen Angebote besser bekannt gemacht werden können – sowohl für Schulen wie auch für Eltern.

Für die Volksschule, die Berufs- und Gymnasialbildung lässt sich zusammenfassend festhalten, dass das Thema digitale Resilienz gut verankert ist und die bestehenden Strukturen wesentlich zur Befähigung der Lernenden beitragen. Da die Koordinationsstelle Elternbildung zum Zeitpunkt der Einreichung des Postulats noch nicht umgesetzt war, beantragen wir die teilweise Erheblicherklärung des Postulats.